



Dr. Michael A. Lange leitet das Team Politikdialog und Analyse in der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er leitete nahezu 20 Jahre lang verschiedene Büros der Stiftung im Nahen Osten, u.a. in Jordanien (1981-85), Tunesien (1985-88) und Ägypten (2001-07).

NACH DEM „ARABISCHEN FRÜHLING“: POLITISCHER ISLAM AUF DEM VORMARSCH?

Michael A. Lange

Nach dem Wahlsieg der Ennahda-Partei in Tunesien im Oktober 2011¹ und der „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (PJD) in Marokko im November 2011² scheint der deutliche Wahlsieg der „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“ (FJP) der Muslimbrüder in den Parlamentswahlen in Ägypten zur Jahreswende 2011/12³ einen „islamischen Trend“ zu verfestigen: Der „Arabische Frühling“ hat inzwischen zu einem bemerkenswerten „Islamischen Erwachen“ geführt.

Anstehende Wahlen in Algerien und Libyen sowie weitere geplante Wahlgänge im Jemen und in den Palästinensischen Autonomiegebieten werfen bereits ihre Schatten voraus. Vieles spricht dafür, dass sich der islamische Trend auch dort fortsetzen wird.⁴ Ohne freie und geheime Wahlen kann man nicht zu den notwendig demokratisch legitimierten Verfassungsorganen gelangen, welche aufgerufen sind, einen bestimmenden Einfluss auf die kommenden politischen Ordnungen ihrer jeweiligen Länder zu nehmen. Wahlen, ob für zeitlich begrenzte Verfassunggebende Versammlungen oder für die volle Dauer der jeweiligen Legislaturperioden gewählte Volksvertretungen, werden

- 1 | Vgl. Klaus D. Lötzer, „Wahlsieg der Islamistischen Ennahda“, *KAS-Länderbericht*, 01.11.2011, <http://kas.de/tunesien/de/publications/29284> [02.03.2012].
- 2 | Vgl. Helmut Reifeld, „Marokko nach der Wahl“, *KAS-Länderbericht*, 01.12.2011, <http://kas.de/marokko/de/publications/29576> [02.03.2012].
- 3 | Vgl. Michael A. Lange, „Quo Vadis Ägypten“, *Die Politische Meinung*, Nr. 508, 03/2012.
- 4 | <http://alquds.co.uk/index.asp?fname=today/12qpt964.htm&arc=data/2012/01/01-12/12qpt964.htm> [02.03.2012].

entscheidenden Einfluss sowohl auf das zukünftig relevante parteipolitische Spektrum als auch auf die politische Machtbalance innerhalb der verschiedenen, vor einer umfassenden politischen Transformation stehenden arabischen Staaten nehmen.

Insbesondere Ägypten, als das traditionell einflussreichste, weil nicht zuletzt auch bevölkerungsreichste arabische Land, wird in diesem regionalen Transformationsprozess eine besondere Rolle spielen. Gelingt die politische

Gelingt die politische Transformation in Ägypten, spricht vieles dafür, dass der Prozess des demokratischen Wandels in der Arabischen Welt andauern und zu einem Erfolg führen wird.

Transformation in Ägypten, spricht vieles dafür, dass der Prozess des demokratischen Wandels in der Arabischen Welt andauern und möglicherweise zu einem Erfolg führen wird. Scheitert er dort frühzeitig, werden es auch die umliegenden Staaten schwer haben, die eingeleiteten Transformationsprozesse zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Ägypten mit einer vergleichsweise heterogenen Zusammensetzung der Bevölkerung wird der entscheidende Testfall sowohl für das zukünftige Verhältnis von islamisch inspirierten und säkularen politischen Bewegungen als auch für die Beziehungen zwischen ultra-orthodoxen und liberalen Ausprägungen des Islam sein. Zusätzlich wird die zu erwartende Neupositionierung des Militärs in einer modifizierten Verfassungsordnung Ägypten in ganz besonderer Weise herausfordern und dabei sicherlich Einfluss nehmen auf vergleichbare Prozesse der Sicherheitssektorereform in arabischen Nachbarländern.

Welche Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind von einer die zukünftige Regierungsarbeit beeinflussenden Politik zu erwarten, die verstärkt auf die Durchsetzung des islamischen Rechts der Scharia setzt? Welche Rechte und welches Ausmaß an Toleranz werden sich die religiösen und säkularen Minderheiten in einer solchen neuen politischen Ordnung erhalten können, ohne einen Kulturkampf vom Zaun zu brechen? Wie kann den neuen islamisch inspirierten Kräften der notwendige wirtschaftliche Neubeginn gelingen, ohne mit den restriktiven Vorgaben des Islam in Konflikt zu treten, und wie sollten sich die europäischen Staaten, allen voran Deutschland, gegenüber diesen Wahlsiegern islamischer Prägung verhalten? Bleibt die skeptische Reaktion der EU-Staaten auf den Wahlsieg der Hamas im Januar 2006, immerhin ein

Ableger der jetzt in Ägypten siegreichen Muslimbruderschaft, weiterhin bestimmend für den anstehenden Politikdialog mit den von islamischen Kräften bestimmten Regierungen der nordafrikanischen Transformationsländer oder kommt es aus Gründen der „Realpolitik“ zu einer Neubewertung? All diese Fragen gilt es in Augenschein zu nehmen, wenn man auf die politischen Umbrüche blickt, die mit den klaren Wahlerfolgen des politischen Islam in Nordafrika verbunden sein werden.

TRANSFORMATIONSKONZEPTE – „ROADMAPS FOR CHANGE“

Die von vielen politischen Beobachtern in Europa von Beginn an uneingeschränkt unterstützten Forderungen „jugendlicher Rebellen“ in Tunesien, Ägypten und schließlich auch in anderen autokratischen arabischen Staaten wie etwa Libyen und Syrien nach größeren Freiheitsrechten und mehr sozialer Gerechtigkeit im Rahmen eines umfassenden Umbaus ihrer jeweiligen politischen Ordnung haben sich in den letzten Monaten in den einzelnen Ländern sehr unterschiedliche Wege gebahnt.⁵ Nachdem die noch vor wenigen Monaten fest etabliert wirkenden Machtsysteme nicht mehr die notwendige Reformbereitschaft aufgebracht hatten, um ihre Länder aus den politischen Sackgassen ungelöster Nachfolgefragen und unbefriedigender politischer wie wirtschaftlicher Reformprozesse herauszuführen, hat inzwischen ein zweifellos schwieriger, weil politisch weitgehend unkalkulierbarer Wandel der politischen Ordnung eingesetzt.⁶ Diesen gilt es nicht nur in sich schlüssig zu strukturieren, sondern vor allem möglichst gewaltfrei zu einem für alle Betroffenen zufriedenstellenden, allseits akzeptierten Ergebnis zu führen. Dies war und ist keine leichte Aufgabe.

Die einzelnen Länder Nordafrikas haben sich inzwischen für ganz unterschiedliche Wege in eine neue politische Ordnung entschieden. Die Transformationsverläufe unter-

Nachdem die fest etabliert wirkenden Machtsysteme nicht mehr die notwendige Reformbereitschaft aufgebracht hatten, hat inzwischen ein politisch unkalkulierbarer Wandel eingesetzt.

5 | Vgl. Edmund Ratka, „Bilanz und Perspektiven des Arabischen Frühlings“, *Politische Studien*, Nr. 440, 58-69; Michael Bauer und Thomas Schiller, „The Arab Spring“, *CAPerspectives*, Nr. 1, 01/2012, 1-3.

6 | Vgl. Kristina Kausch, „Constitutional Reform in Young Arab Democracies“, *Fride Policy Brief*, Nr. 101, 10/2011.

scheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Protagonisten, sondern auch hinsichtlich der Intensität der sie begleitenden Widerstände und Proteste.⁷ Alle Länder mussten sich nach Ablösung oder Vertreibung der Autokraten zuerst mit der Frage auseinandersetzen, wie mit dem jeweiligen „Rest der herrschenden politischen Klasse“ umzugehen war, die fest mit den von den Autokraten bestimmten Regimen verbunden waren.

Alle Länder mussten sich nach Vertreibung der Autokraten zuerst mit der Frage auseinandersetzen, wie mit dem jeweiligen „Rest der herrschenden politischen Klasse“ umzugehen war.

Tunesien wählte den Weg über einen Übergangspräsidenten und eine Übergangsregierung, verbunden mit der Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung, die nach einjährigen Beratungen eine Verfassung zur Ratifikation durch das tunesische Volk im Rahmen eines Referendums vorlegen soll. Auf der Grundlage dieser neuen Verfassung sollen dann neuerliche Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchgeführt werden. Marokko entschied sich dagegen für eine durch den Monarchen initiierte moderate Reform seiner Verfassung, die dann im Rahmen eines erfolgreichen Referendums angenommen wurde und die Basis für auf den 25. November 2011 vorgezogene Neuwahlen des Parlaments lieferte.⁸

Ägypten wählte schließlich einen komplizierten, weniger logisch strukturierten Weg, der inzwischen auch schon mehrmals revidiert worden ist. Dort übernahm nach der Absetzung des Präsidenten Hosni Mubarak kein Übergangspräsident, sondern ein „Oberster Militärrat“ die Exekutivgewalt. Dieser erklärte die Verfassung von 1971 für außer Kraft gesetzt, verkündete einige für die anstehenden Neuwahlen erforderliche Verfassungsartikel, modifizierte andere und stellte diese in einem Referendum zur Abstimmung.⁹ Nach Annahme dieser neuen Verfassungsbestimmungen durch das ägyptische Volk und der Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes sollten Neuwahlen

7 | Vgl. Christian-Peter Hanelt und Elisabeth Dietl, „Europe und die Arabellion 2012“, *spotlight europe*, Nr. 2011/05, 12/2011.

8 | Vgl. Sonja Hegasy, „Marokko vor der Parlamentswahl: Kinder, Gläubige und Opportunisten“, *Qantara.de*, 14.11.2011, <http://de.qantara.de/Kinder-Glaebige-und-Opportunisten/17784c83/index.html> [02.03.2012].

9 | Vgl. Carnegie Endowment (Hrsg.), Supreme Council of the Armed Forces Constitutional Announcement, <http://egyptelec.tions.carnegieendowment.org/2011/04/01/supreme-council-of-the-armed-forces-constitutional-announcement> [02.03.2012].

zum ägyptischen Unter- und Oberhaus (Shura) stattfinden. Danach sollte das für eine volle Legislaturperiode gewählte ägyptische Parlament in seiner ersten gemeinsamen Sitzung von Ober- und Unterhaus einen 100-köpfigen Verfassungsrat nominieren und mit der Erarbeitung einer neuen Verfassung beauftragen. Dieser Verfassungsentwurf sollte dann in absehbarer Zeit der ägyptischen Bevölkerung im Rahmen eines neuerlichen Referendums zur Annahme vorgelegt werden und die demokratisch legitimierte Grundlage für die Wahl eines neuen ägyptischen Präsidenten liefern. Nur diesem neugewählten Präsidenten wollte der Oberste Militärrat schließlich die Exekutivgewalt übertragen und der „kollektiven Präsidentschaft“ ein Ende setzen.

Diese komplizierte und in den Augen einiger politischer Beobachter durchaus inkonsistente Roadmap¹⁰ führte im Verlauf des Transformationsprozesses zu zahlreichen Unklarheiten, Verzögerungen und Infragestellungen durch verschiedene politische Akteure, von denen nicht wenige den Militärrat immer wieder an seine Ankündigung erinnerten, wonach er ursprünglich nur sechs Monate die Exekutivgewalt innezuhaben beabsichtigte. Mit der Entscheidung zugunsten der umgehenden Neuwahl eines ägyptischen Parlaments mit voller Legislatur – und keiner Verfassungsgebenden Versammlung wie in Tunesien – begab man sich in die schwierige Situation, ein wichtiges neues Verfassungsorgan ohne eine neue, endgültige Verfassung und damit ohne klare Kenntnisse seiner zukünftigen Rechte und Pflichten zu wählen. Man führte also Neuwahlen für ein Parlament durch, von dem man noch nicht wusste, welchen Rang es zum Beispiel gegenüber anderen Verfassungsorganen wie der Regierung und dem Präsidenten haben würde.

In Ägypten führte man Neuwahlen für ein Parlament durch, von dem man noch nicht wusste, welchen Rang es gegenüber anderen Verfassungsorganen haben würde.

Probleme bereitete bei der Neuwahl der beiden ägyptischen Parlamentskammern schon die herkömmliche „Nominierung“ von zehn Unterhaus- und einem Drittel der Oberhausmitglieder, die nach den alten Verfassungsvorschriften allein dem Präsidenten vorbehalten war. Jetzt aber blieb

10 | Vgl. Marina Ottaway, „Egypt’s Transition: Finding a Way Out of the Vicious Circle“, *Carnegie Endowment*, 06.02.2012, <http://carnegieendowment.org/2012/02/06/egypt-s-transition-finding-way-out-of-vicious-circle/9g4f> [02.03.2012].

die Nominierung – zumindest was einen Teil der Oberhaus-abgeordneten betraf – dem Obersten Militärerrat qua Verfassungsgerichtsurteil (vorläufig) verwehrt. Dies schränkt die Funktionsfähigkeit der neuen Parlamentskammern ein und belastet die Nominierung und die Arbeit des Verfassungsrates.

Die inzwischen angesichts andauernder Forderungen nach einem Rückzug des Militärerrats diskutierte vorgezogene Wahl eines neuen ägyptischen Präsidenten wirft die Frage auf, mit welchen Rechten denn dieses Amt nach Verabschiedung einer neuen Verfassung überhaupt noch versehen sein wird. Diese Frage müsste vor allem die ägyptischen Präsidentschaftskandidaten interessieren, um verantwortlich über eine eigene Kandidatur entscheiden zu können. Inkonsistenzen wie diese werden dazu führen, dass trotz der absehbaren Vollendung der Neukonfiguration des gesamten ägyptischen Parlaments Abgeordnetenmandate umstritten oder sogar unbesetzt bleiben werden. Die zukünftige Rolle dieses Parlaments ist ebenfalls noch nicht endgültig geregelt, da auch die Rechte und Pflichten des Parlaments und seiner Abgeordneten noch einmal Gegenstand der Verfassunggebenden Versammlung sein werden. Der gesamte bisherige verfassunggebende Prozess in Ägypten leidet also darunter, dass es keine wirklich legitimen neuen Verfassungsorgane ohne eine neue Verfassung, aber auch keine neue Verfassung ohne entsprechend legitimierte Verfassungsorgane geben kann.

Die zukünftige Rolle des ägyptischen Parlaments und die Rechte und Pflichten seiner Abgeordneten werden noch einmal Gegenstand der Verfassunggebenden Versammlung sein.

EIN JAHR DEMOKRATISCHER AUFBRUCH IN NORDAFRIKA

Vielen der meist jugendlichen Demonstranten in den verschiedenen Hauptstädten der Transformationsländer Nordafrikas, die den Autokraten und ihren Sicherheitskräften mutig die Stirn geboten haben und ihre Hoffnungen auf mehr Freiheit und Demokratie selbst im Angesicht brutaler Polizeigewalt durchzusetzen suchten, erscheint ihr lebensgefährlicher Einsatz heute vergebens gewesen zu sein. Schlimmer noch, nicht wenige Demonstranten haben ihren Mut mit dem Leben bezahlt. Es wird das Bestreben der Überlebenden dieser Aufstände bleiben, zu Ehren dieser

„Märtyrer der Revolution“ ihre mit der „Arabellion“ verbundenen Ziele, trotz der für sie in allen Transformationsländern enttäuschenden Wahlergebnisse, weiter zu verfolgen.

Nicht die enthusiastischen jugendlichen Reformer werden der neuen politischen Ordnung ihre Gestalt geben. Stattdessen werden vornehmlich islamisch inspirierte politische Kräfte ihre Ziele durchsetzen.

Alle diese demokratischen Wahlen haben bestätigt, dass es eben nicht die enthusiastischen jugendlichen Reformer sein werden, die der neuen politischen Ordnung ihre Gestalt geben. Stattdessen werden vornehmlich is-

lamisch inspirierte politische Kräfte ihre politischen Ziele mit Hilfe ihrer errungenen politischen Mandate jetzt auch durchsetzen können. Wurden die ersten Ergebnisse der Wahlen in Marokko und Tunesien in Europa noch mit großer Neugier, aber schon mit wachsender Verwunderung zur Kenntnis genommen, so haben die jüngsten Ergebnisse der Parlamentswahlen in Ägypten schließlich doch zu erheblicher Verunsicherung und großem Erstaunen, um nicht zu sagen Entsetzen ob des unerwartet eindeutigen Erfolgs des politischen Islam geführt.

Diese Wahlergebnisse – so überraschend sie vielen Europäern erschienen – waren für langjährige politische Beobachter der Region ein bestätigendes Indiz für die Zurückhaltung, mit der manche von ihnen die Geschwindigkeit des politischen Wandels von Anfang an betrachtet hatten.¹¹ Ihnen war klar, dass sich die lange unterdrückten Bürger dieser arabischen Staaten, von der Willkür und der Bevormundung ihrer Autokraten befreit, mehrheitlich ihres Wahlrechts bedienen würden, um jenen ihre Stimmen zu geben, die sich in der Vergangenheit als einzige um ihre Alltagsorgen gekümmert hatten: den Vertretern des politischen Islam.¹²

Dabei sind durchaus Ähnlichkeiten im Wahlverhalten großer Teile der Bevölkerung Nordafrikas festzustellen. Sowohl in Tunesien als auch in Ägypten hat sich die Suche nach unverbrauchtem, nicht mit dem alten desavouierten Regime verstricktem politischen Personal als schwierig erwiesen. Viele Leistungsträger hatten in den langen Jahr-

11 | Vgl. Michael A. Lange, „Umbruch im Nahen Osten – Was folgt auf die Ereignisse in Tunesien und Ägypten?“, *KAS-Auslandsinformationen*, 3/2011, 7-33, <http://kas.de/wf/de/33.22141> [23.03.2012].

12 | Vgl. Michael A. Lange, „Ägyptens Muslimbrüder auf dem Weg zur Macht?“, *Die Politische Meinung*, Nr. 497, 12-16.

zehnten der Herrschaft der korrupten Machteliten ihren Frieden mit dem System gemacht und sich entsprechend ihrer Ausbildung in den Dienst ihres Landes gestellt.

Dieser Umstand erklärt bis zu einem bestimmten Grad auch die „Kopflösigkeit“ der Protestbewegungen in Tunesien und Ägypten und das daraus resultierende Unvermögen, gegen die Machthaber in beiden Ländern mit einer ernstzunehmenden personellen Alternative aufzuwarten. Die vermeintliche Einigkeit der Oppositionsgruppen richtete sich deshalb von Beginn an immer nur auf das „Wogegen“ – über das „Wofür“ herrschte weitgehend Uneinigkeit. Wegen dieser Umstände fiel die Suche nach vollkommen unbelastetem politischen Personal schwer – zumal solchem, das nicht nur für seine Gegnerschaft zum Regime bekannt war, sondern nachweislich auch unter ihm gelitten hatte, also etwa in Gefängnissen saß oder im ausländischen Exil überdauert hatte. Da es in den Ländern über Jahre auch nur wenige Oppositionspolitiker von Format gegeben hatte, konzentrierte sich die Suche schon bald auf im Exil weilende Vertreter der Opposition, wie etwa den Führer der tunesischen Ennahda-Bewegung, Rachid Ghannouchi.¹³

Die vermeintliche Einigkeit der Oppositionsgruppen richtete sich von Beginn an immer nur auf das „Wogegen“ – über das „Wofür“ herrschte weitgehend Uneinigkeit.

Viel weniger Beachtung als möglichen neuen politischen Führungspersönlichkeiten schenkte man dagegen den sehr unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfen, die diverse Vertreter vor allem islamischer Tendenz verfolgten.¹⁴ Als der Despot schließlich aus dem Amt vertrieben war und der Jubel verebte, standen die erfolgreichen „Revolutionäre“ ohne personelle Alternative und ohne ein unter den verschiedenen revolutionären Gruppen abgestimmtes Programm da. Dies sollte die Stunde des politischen Islam in Nordafrika werden.

13 | Vgl. Christian-Peter Hanelt und Michael Bauer, „Arabien zwischen Revolution und Repression“, *spotlight europe*, 2011/03, 06/2011.

14 | Vgl. Nathan A. Brown, „When Victory Becomes An Option – Egypt’s Muslim Brotherhood Confronts Success“, *Carnegie Paper*, 01/2012.

Tabelle 1

Wahlergebnisse aus arabischen Transformationsländern

Ägypten	Sitze	Prozent	Tunesien	Sitze	Prozent	Marokko	Sitze	Prozent
Politischer Islam								
Gesamt	368	73,9	Gesamt	109	50,5	Gesamt	155	39,2
Demokratische Allianz	235	47,2	Ennahda	90	41,5	PJD	107	27,1
Islamischer Block	123	25						
Al-Wasat Partei	10	2,0	Arida	19	8,8	PAM	47	11,9
Liberal-konservative Parteien								
Gesamt	47	9,44	Gesamt	51	23,5	Gesamt	167	42,3
Reform & Entwicklung	9	1,80	CPR	30	13,8	Istiqlal (PI)	60	15,2
Neue Wafd Partei	38	7,63	Ettak.	21	9,7	MP	32	8,1
						UC	23	5,8
						RNI	52	13,1
Mitte-Links Parteien / Revolutionäre								
Gesamt	44	8,84	Gesamt	55	25,3	Gesamt	57	14,4
Ägyptische Block	35	7,03	PDP	17	7,8			
Vollendung der Revolution	9	1,81	PDM+	10	4,6	USFP	39	9,8
			Sonstige	18	8,3	PPS	18	4,6
Sonstige / Altkader								
Gesamt	39	7,83	Gesamt	12	5,55	Gesamt	17	4,3
NDP Nachfolger	17	3,41						
Unabhängige	19	3,81						
Sonstige	3	0,60						
Gesamt	498¹⁵	100		217	100		395	100

15 | Weitere zehn Abgeordnete werden vom Militär ernannt, so dass das ägyptische Parlament insgesamt 508 Abgeordnete umfasst.

Quelle: Wahlergebnisse Ägypten, Souad Mamdouh Shaaban, Tantawi und Ali Muhammad Ali, „Endgültige Ergebnisse der Parlamentswahlen“, *Ahram Online*, 22.01.2012, <http://www.ahram.org.eg/The-First/News/126247.aspx> [14.03.2012]; Wahlergebnisse Tunesien, Instance supérieure indépendante pour les élections (ISIE) (Hrsg.), Bericht über die Wahlen der Verfassungsgebenden Versammlung 2011, <http://isie.tn/image.php?id=760> [14.03.2012]; Wahlergebnisse Marokko, „Résultats Définitifs du Scrutin du 25 Novembre“ (Endgültige Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 25. November), *Le Matin*, 27.11.2011, http://lematin.ma/journal/_Resultats-Definitifs-du-Scrutin-du-25-Novembre-Portant-sur-les-395-Sieges/159402.html [14.03.2012].

WAHLERFOLGE DES POLITISCHEN ISLAM IN NORDAFRIKA

Es waren letztlich wohl die vielen Bürger in den ärmeren, ländlichen Regionen, die den Kandidaten der islamischen, politischen Gruppierungen – und darunter vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, den Vertretern eines so genannten orthodoxen Islam (Muslimbruderschaft) – einen Wahlerfolg bescherten, den viele in diesem Ausmaß nicht für möglich gehalten hätten. Ein Blick auf die bisherigen Wahlergebnisse in den nordafrikanischen Transformationsländern zeigt, dass sich der politische Islam zwar in allen Ländern in den Vordergrund geschoben hat, dass er jedoch dort, wo es eine alternative religiöse Legitimität – etwa in Gestalt eines Monarchen – gegeben hat, nicht so erfolgreich war wie in den republikanisch ausgerichteten, eher säkularen politischen Ordnungen in Tunesien und Ägypten. Dort lassen sich die Unterschiede im Erfolg der islamischen Strömungen vor allem am Bildungsgrad der Wähler festmachen. Dieser lag in Tunesien deutlich höher als in Ägypten mit der Folge, dass sich salafistische Tendenzen in Tunesien in deutlich geringerem Ausmaß artikulierten.

Es erscheint allerdings absehbar, dass solche Kräfte vor allem in Libyen über eine ähnliche umfassende politische Unterstützung verfügen wie in Ägypten und dass

es dort bei den anstehenden Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung zu einem ähnlich eindeutigen Sieg des politischen Islam kommen wird. In Marokko waren die

In Marokko waren die Salafisten – ähnlich wie in Tunesien – nicht für die Wahl zugelassen worden, obwohl sie eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

Salafisten – ähnlich wie in Tunesien – nicht für die Wahl zugelassen worden, obwohl sie eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Die Bewegung für Gerechtigkeit und

Wohlfahrt (Al Adel) agiert, ähnlich den Salafisten in Ägypten, nach einer Distanzierung von den Jihadisten öffentlich und setzt sich kritisch mit der in ihren Augen überzogenen Kompromissbereitschaft der PJD auseinander.¹⁶

Auch hielten sich die traditionell eher wirtschaftsliberalen Oppositionsparteien sowohl in Tunesien als auch in Marokko deutlich besser als in Ägypten, wo sie sich – wohl zu Recht – des Vorwurfes der weitgehenden Kollaboration mit dem alten Regime ausgesetzt sahen. Das gibt Hoffnung, dass der wirtschaftspolitische Sachverstand im neuen Parlament nicht gänzlich verloren gegangen ist. Links-sozialistische Kräfte büßten in Marokko weniger, in Tunesien und vor allen Dingen in Ägypten dagegen erheblich mehr an Wählerunterstützung ein.¹⁷

Als „Unabhängige“ kandidierende Vertreter der Muslimbrüder hatten sich 2005 gegen die Widersacher aus der Staatspartei NdP in mehr als 80 Wahlkreisen durchgesetzt.

Das überraschend gute Ergebnis der Partei der Muslimbrüder (FJP) konnte langjährige politische Beobachter Ägyptens kaum überraschen, hatten doch als „Unabhängige“ kan-

didierende Vertreter der Muslimbrüder schon im Jahre 2005 bei den ägyptischen Parlamentswahlen für eine große Überraschung gesorgt, als sie sich gegen die übermächtig erscheinenden Widersacher aus der Staatspartei NDP in mehr als 80 Wahlkreisen durchgesetzt und stolz ihre Plätze im Parlament eingenommen hatten.¹⁸

Dem von den meisten politischen Beobachtern als „moderat-islamisch“ gekennzeichneten, von der FJP geführten Wahlbündnis Demokratische Allianz wäre mit 235 der insgesamt 508 Mandate beinahe noch die absolute Mehrheit zugefallen, hätte nicht der von der salafistischen Al-Nour-Partei angeführte, eher als „radikal-islamisch“ beurteilte Islamische Block mit seinen sensationellen 123 Mandaten dieses noch verhindert. Rechnet man die zehn Mandate der von der Muslimbruderschaft frühzeitig abgespaltenen, eher als „reform-islamisch“ eingeordneten „Wasat-Partei“

16 | Vgl. Reifeld, „Marokko nach der Wahl“, Fn. 2.

17 | Vgl. Sonja Hegasy, „Teile und herrsche“, *Qantara.de*, 06.12.2011, <http://de.qantara.de/Teile-und-herrsche/18118c18785i1p1351/index.html> [02.03.2012].

18 | Vgl. Michael A. Lange, „Politischer Islam auf dem Vormarsch. Das Beispiel der Muslimbrüder“, *KAS-Auslandsinformationen*, 11/2007, 75-105.

hinzu, so verfügt der politische Islam im neuen ägyptischen Parlament über eine deutliche Zweidrittelmehrheit.

In Tunesien gelang dem politischen Islam – vornehmlich in Gestalt der Ennahda – kein vergleichbar herausragendes Ergebnis, allerdings wird die Partei mit ihren mehr als 40 Prozent der Mandate in ganz erheblichem Maße nicht nur die Regierungsgeschäfte, sondern auch die kommende Verfassungsdiskussion bestimmen. In Marokko gelang den Islamisten der „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (PJD) immerhin ein Achtungserfolg, der sie – unterstützt von regimetreuen religiösen Kräften – zumindest schon in die Lage versetzt hat, die neue marokkanische Regierung anzuführen.

Dass es den „ultra-orthodoxen“ Salafisten gelingen konnte, in Ägypten eine solch beeindruckende Anzahl von Mandaten zu erringen, hängt sicherlich damit zusammen, dass viele einfache, weniger gebildete Ägypter mit den politischen Inhalten der Muslimbruderschaft nicht so viel verbinden konnten wie mit den eher einfachen Botschaften der Imame in ihren Dörfern, die einen textgetreuen, „reinen“ Islam predigen und diesen auch zum Maßstab gesellschaftspolitischen Handelns machen wollen. Der Wahlerfolg hat die Salafisten quasi aus dem Nichts zu einem ernst zu nehmenden politischen Machtfaktor in Ägypten gemacht.¹⁹ Für viele säkulare Ägypter war das sicher ein Schock, vergleichbar demjenigen, der Sympathisanten der Arabellion in Europa erteilte.

Der Wahlerfolg hat die Salafisten quasi aus dem Nichts zu einem ernst zu nehmenden politischen Machtfaktor in Ägypten gemacht.

An der ideologischen Bandbreite der Protagonisten dieses sensationellen Wahlerfolgs zeigt sich jedoch, dass der politische Islam in Ägypten alles andere als eine homogene Bewegung darstellt.²⁰ Das Lager des politischen Islam in ganz Nordafrika gliedert sich heute augenscheinlich in moderate, reform-orientierte Islamisten (Wasatiyya-Anhänger), traditionell konservative bis orthodoxe Muslimbrüder sowie eher fundamentalistische, ultra-orthodoxe Salafisten bis hin

19 | Vgl. Andreas Jacobs und Heidi Reichinnek, „Die Rückkehr der Salafisten in Ägypten“, *KAS-Länderbericht*, 14.05.2011, <http://kas.de/aegypten/de/publications/22726/> [02.03.2012].

20 | Vgl. Jonathan Brown, „Salafis and Sufis in Egypt“, *Carnegie Paper*, 12/2011, <http://carnegieendowment.org/2011/12/20/salafis-and-sufis-in-egypt/8kfk> [02.03.2012].

zu geläuterten, ehemaligen Jihadisten aus dem terroristischen Umfeld jener, die in der Vergangenheit – inspiriert durch heimkehrende „Glaubenskämpfer“ aus Afghanistan oder Gastarbeiter aus den Golfstaaten – erfolglos einen gewalttätigen Weg zur Erneuerung ihrer Gesellschaften eingeschlagen hatten. Auch wenn sich diese unterschiedlichen parteipolitischen Ausprägungen des politischen Islam von Land zu Land verschieden konfigurieren und eine unterschiedlich starke Resonanz beim Wähler finden, bilden sie dennoch das relevante politische Kernspektrum ab, mit dem wir es auf der Ebene der politischen Zusammenarbeit in den kommenden Jahren nicht nur in Ägypten, sondern wohl auch in zahlreichen Nachbarstaaten im Wesentlichen zu tun haben werden.²¹

VON DER AUTOKRATIE ZUR THEOKRATIE – „ERDOGAN“ STATT „TALIBAN“

Was bedeuten diese Wahlergebnisse nun für die viel beschworene Transformation und Demokratisierung Nordafrikas? Zunächst erscheint es notwendig darauf hinzuweisen,

dass dem Parlament in Ländern mit bisher

Dem Parlament in Ländern mit bisher vorwiegend präsidialen Verfassungen wie Tunesien und Ägypten ist keine vergleichbare politische Bedeutung beizumessen wie etwa in der Bundesrepublik.

vorwiegend präsidialen Verfassungen wie Tunesien und Ägypten keine vergleichbare politische Bedeutung beizumessen ist wie etwa in der Bundesrepublik. Bis heute obliegt es

sowohl dem tunesischen als auch dem ägyptischen Parlament lediglich, Gesetzesentwürfe zu formulieren und zu verabschieden und die allein vom Präsidenten berufene Regierung zu kontrollieren. Sie haben jedoch nicht die Macht, den Präsidenten oder die Regierung abzuberufen. Allein die Reform der Verfassung in Marokko hat dem Parlament inzwischen ein robustes Kontrollrecht, ja sogar das Recht zur Abberufung der Regierung, eingeräumt. Solange sich also die Verfassungsbestimmungen zu den Rechten des Parlaments nicht grundsätzlich ändern, bleibt ein Wahlergebnis wie das ägyptische weitgehend folgenlos für die politischen Machtverhältnisse im Land, auch wenn ein solcher Wahlausgang natürlich den dortigen politischen Diskurs verändert.

21 | Vgl. Ivesa Lübben, „Der Islam ist die Lösung? – Moderate islamistische Parteien in der MENA-Region und Fragen ihrer politischen Integration“, Konrad-Adenauer-Stiftung (unveröffentlichtes Manuskript).

Der politische Islam beansprucht heute in allen Beispielländern Nordafrikas nicht nur mehr Legitimität, sondern auch eine politische Führungsrolle im Land. Dieser Anspruch zielt in Ägypten momentan zuallererst auf die anstehende Nominierung der Verfassunggebenden Versammlung, in Tunesien eher auf den inzwischen begonnenen Prozess der Verfassungsreform. Der politische Islam fordert nicht nur eine adäquate Repräsentanz in den entscheidenden Gremien, sondern bereitet sich schon auf die Auseinandersetzungen um den Charakter der zukünftigen politischen Ordnungen vor. Diese könnten durchaus die Gestalt eines „Kulturkampfes“ zwischen säkularen, religiösen, orthodoxen und fundamentalistischen Kräften annehmen. Sicher wird es für alle politischen Kräfte notwendig sein, frühzeitig Koalitionen zu schmieden, um sich in dem zu erwartenden Gewirr von sehr unterschiedlichen ideologischen Vorstellungen von einer neuen Verfassungsordnung mit seinen spezifischen Entwürfen Gehör zu verschaffen.

Der politische Islam fordert nicht nur eine adäquate Repräsentanz in den entscheidenden Gremien, sondern bereitet sich schon auf die Auseinandersetzungen um den Charakter der zukünftigen politischen Ordnungen vor.

Das bereits während der Demonstrationen im vergangenen Jahr erkennbare, taktisch kluge Verhalten der Vertreter des politischen Islam mag letztlich „Koalitionen der Nationalen Einheit“ oder zumindest einer „bewussten“ Koalition mit bürgerlichen, säkularen Kräften den Weg ebnen. Das gilt allen voran für die ägyptischen Muslimbrüder, die schon damals viele ausländische politische Beobachter darüber hinwegtäuscht hatten, dass die politische Zukunft Ägyptens langfristig eben nicht auf den Schauplätzen des Aufstandes, sondern in den neu zu wählenden Verfassungsorganen entschieden werden würde. Den Muslimbrüdern sollte nun daran gelegen sein, so etwas wie eine Allianz der „fortschrittlichen, gemäßigten Kräfte“ gegen die ultra-orthodoxen Salafisten und ehemaligen Jihadisten zustande zu bringen. Auf diese Weise gewännen sie Spielraum für unpopuläre, gleichzeitig aber unabweisbare Entscheidungen vor allem in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Eine exklusive „Islamische Koalition“ mit den Salafisten würde nicht nur einen Kulturkampf erheblicher Sprengkraft heraufbeschwören, sondern auch ein tragfähiges, von allen Interessengruppen unterstütztes, sozioökonomisches Zukunftskonzept für Ägypten eher unwahrscheinlich machen. Ähnliches gilt auch für Tunesien, wo es zwar keine partei-

politisch organisierten Salafisten gibt und das Land inzwischen bereits von einer „Regierung der Nationalen Einheit“ regiert wird, wo eine umfassende wirtschaftliche Gesundung jedoch ebenso gelingen muss, wie in den anderen Transformationsländern Nordafrikas.²²

Vieles, vor allem die beklagenswerten aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, spricht mit Blick auf die islamischen Wahlsieger deshalb für einen Weg, wie ihn der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan und seine AKP eingeschlagen haben – und gegen einen politischen Kurs, wie ihn etwa die Taliban verfolgen. Durch eine (ultra-) orthodoxe Islamprägung der zukünftigen Politik würden sowohl die Tourismuseinnahmen als auch die so dringend benötigten ausländischen Direktinvestitionen erheblich zurückgehen und die notwendige Gesundung der Wirtschaft würde sich zumindest verlangsamen.

Durch eine (ultra-) orthodoxe Islamprägung der zukünftigen Politik würden sowohl die Tourismuseinnahmen als auch die so dringend benötigten ausländischen Direktinvestitionen erheblich zurückgehen.

VERLIERER DER REVOLUTION

Was bedeutet all dies für die offensichtlichen „Verlierer der Revolution“, die jugendlichen Rebellen, die säkularen, republikanischen Kräfte, die sich emanzipierenden Frauen und die immer latent bedrohten religiösen und ethnischen Minderheiten? Klar ist, dass die jungen Aktivisten der Arabellion, denen es mit wenigen Ausnahmen eben nicht gelungen ist, sich erfolgreich (partei-) politisch zu konfigurieren und sich auf diese Weise in den parlamentarischen Gestaltungsprozess einzubringen, weit hinter ihren eigenen Erwartungen geblieben sind. Die zum Teil gewalttätigen Ausschreitungen der vergangenen Wochen mögen ein Indiz für das Ausmaß der Frustration der Jugend gegenüber einem politischen Prozess sein, der ihr bislang keine Möglichkeiten eröffnet hat, sich konstruktiv am Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung einzubringen. Ob der Jugend im anstehenden Verfassungsprozess doch noch ein Angebot zur Mitsprache gemacht werden wird, damit ihre Enttäuschung nicht in permanente Gewaltbereitschaft mündet, bleibt abzuwarten.²³

22 | Vgl. Rainer Herrmann, „Vor der Wahl – Ägyptens Wirtschaft liegt am Boden“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.11.2011.

23 | Vgl. Martin Gehlen, „Postrevolutionärer Jammer in Ägypten“, *Der Tagesspiegel*, 11.02.2012.

Auch die politisch engagierten Frauen in Tunesien und Ägypten, denen von den Autokraten eine im Vergleich beachtliche Repräsentanz in den Verfassungsorganen gewährt worden war, haben in diesen Wahlen einen erheblichen Rückschlag hinnehmen müssen.²⁴ Nur wenige Frauen erlangten aussichtsreiche Listenplätze, manche wurden – wie in Ägypten – auf Wahlplakaten gar durch Blumensymbole „verklärt“. All das kann der Stellung der Frau in den Transformationsländern Nordafrikas nicht dienlich sein und reflektiert schon gar nicht das mutige Eintreten gerade vieler junger Frauen im „Arabischen Frühling“.²⁵ Bezeichnend ist, dass sich in der vom Militär neuformierten ägyptischen Exekutive unter den 30 Kabinettsmitgliedern lediglich drei Frauen, unter den 27 Gouverneuren überhaupt keine Frau findet. Es ist auch nicht damit zu rechnen, dass es eine weibliche Kandidatin für das Präsidentenamt geben wird.

Eine besonders schwierige Herausforderung für jede von islamischen Kräften dominierte zukünftige Exekutive stellt das Verhältnis zwischen der Mehrheit der Muslime und der christlichen Minderheit dar. Angesichts der immer wiederkehrenden Ausschreitungen gegen Christen und der Anschläge auf koptische Kirchen in Ägypten muss es auch einer von islamischen Parteien dominierten zukünftigen ägyptischen Regierung darum gehen, dieses Verhältnis wieder zu beruhigen und, wenn schon nicht zu einem vollkommen gleichberechtigten Miteinander, dann doch wenigstens zu einem friedlicheren Nebeneinander zu führen. Die Kopten werden sich auch in Zukunft gegen eine weitere Islamisierung der ägyptischen Gesellschaft und eine damit oft einhergehende Diskriminierung zur Wehr setzen und für sich Religionsfreiheit einfordern. Sie werden sich auch einer schleichenden Islamisierung der Gesetzgebung entgegenstellen, doch vielen politischen

Die Kopten werden sich auch in Zukunft gegen eine weitere Islamisierung der ägyptischen Gesellschaft und eine damit oft einhergehende Diskriminierung zur Wehr setzen.

24 | Vgl. Martina Sabra, „Das weibliche Gesicht der Revolution“, *Qantara.de*, 13.02.2012, <http://de.qantara.de/Das-weibliche-Gesicht-der-Revolution/18462c498/index.html> [02.03.2012].

25 | Interview mit Margot Badran, „Diese Revolution fordert das Patriarchat heraus“, *Qantara.de*, 10.01.2011, <http://de.qantara.de/Diese-Revolution-fordert-das-Patriarchat-heraus/18235c496/index.html> [02.03.2012].

Beobachtern erscheint schon die Bewahrung des religiösen Status quo unter den gegebenen Umständen als ein kaum zu realisierendes politisches Ziel. Denn die Salafisten nehmen sogar öffentlich eine unversöhnliche Haltung gegenüber den Kopten ein und sprechen ihnen Gleichberechtigung und gleiche Bürgerrechte schlichtweg ab. Die Tatsache, dass Kopten weder im Militär noch im Parlament über einen nennenswerten personellen oder sonstigen Rückhalt verfügen, macht die Sicherstellung ihrer Bürgerrechte nicht wahrscheinlicher.

DIE ZUKUNFT NORDAFRIKAS – DEMOKRATIE OHNE DEMOKRATEN?

In Tunesien haben sich die Wahlsieger auf eine Aufteilung der Kontrolle der wichtigen drei Verfassungsorgane Präsidentschaft, Parlament und Regierung auf die drei wichtigsten Parteien verständigt.

Wie wird sich der Transformationsprozess in Nordafrika weiter entwickeln? In Tunesien haben sich die Wahlsieger auf der Grundlage der Ergebnisse der Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung inzwischen auf eine Auf-

teilung der Kontrolle der wichtigen drei Verfassungsorgane Präsidentschaft, Parlament und Regierung auf die drei wichtigsten Parteien verständigt. Moncef Marzouki wurde als neuer Übergangspräsident, Moustafa Ben Jaafar als neuer Präsident der Verfassunggebenden Versammlung und Hamadi Jbeli als Chef einer neuen tunesischen Übergangsregierung eingeführt. Diese Amtsinhaber unterscheiden sich von den bisherigen sicherlich schon allein dadurch, dass sie über ein weitaus höheres Maß an Legitimität verfügen als ihre nicht-demokratisch legitimierten Vorgänger im Amt. In etwa einem Jahr wird über die neue tunesische Verfassung per Referendum abgestimmt worden sein. Dann erst wird im Wege von Neuwahlen eine wirklich demokratische, auf eine volle Legislaturperiode angelegte Besetzung der wichtigen Verfassungsorgane vorgenommen werden können.

In Marokko hat der Transformationsprozess bereits ein vorläufiges Ende erreicht. Nach den Parlamentswahlen hat der Monarch auf der Grundlage der novellierten Verfassung den Mehrheitsführer im neugewählten marokkanischen Parlament, Abdelilah Benkirane, mit der Regierungsbildung beauftragt, die nach langen Verhandlungen inzwischen zu einem allseits akzeptierten Ergebnis geführt hat.

In Ägypten sieht das alles leider ganz anders aus. Angesichts der wachsenden Unzufriedenheit großer Teile der ägyptischen Bevölkerung mit den Ergebnissen des bisherigen Transformationsprozesses fordern viele dessen unmittelbare Verkürzung oder sogar die umgehende Wahl eines neuen Präsidenten. Viele möchten den inzwischen äußerst unpopulären „Obersten Militärrat“ zurück in die Kasernen verbannen. Allerdings hätte eine Präsidentenwahl noch vor der Verabschiedung einer neuen Verfassung zur Folge, dass sich der neugewählte Präsident möglicherweise mit der Änderung seiner Rechte als Staatsoberhaupt auseinandersetzen müsste. Offen ist, ob sich der 100-köpfige Verfassungsrat eher für ein starkes Präsidialsystem (Exekutivpräsident) oder für ein eher parlamentarisches System mit einem Staatsoberhaupt ohne politischen Einfluss und einem vom Parlament gewählten und dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtigen Ministerpräsidenten entscheidet – oder sogar für ein gemischtes, dem französischen Modell ähnliches System aus einer Direktwahl des Präsidenten und einer Parlamentswahl des Ministerpräsidenten.

Angesichts der Unzufriedenheit großer Teile der ägyptischen Bevölkerung mit den Ergebnissen des bisherigen Transformationsprozesses fordern viele die umgehende Wahl eines neuen Präsidenten.

Die dominierende Parlamentsfraktion der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit der ägyptischen Muslimbrüder lässt momentan erkennen, dass sie kurzfristig auf ein gemischtes System, langfristig aber auf ein parlamentarisches System setzt. Dies hätte sicherlich einen dramatischen Einflussverlust des ägyptischen Präsidenten zur Folge, wer dies auch immer dann sein wird.

Sollte es in Ägypten tatsächlich zu einer frühzeitigen Neuwahl des Präsidenten kommen – manche sprechen sogar von einem frühzeitigen Wahltermin am 15. April 2012 –, bleibt die Frage offen, auf welcher Grundlage eine solche Wahl erfolgen wird. Einigen erscheint deshalb die Wahl eines (zivilen) Übergangspräsidenten für eine befristete Amtsdauer von vielleicht einem Jahr momentan angemessener. Dies würde es ermöglichen, nach Verabschiedung einer neuen Verfassung einen neuen Präsident für eine volle Amtszeit zu wählen.

Im Nachbarstaat Libyen kommt der Transformationsprozess dagegen nur sehr schleppend in Gang.²⁶ Fehlende (partei-) politische Strukturen in Verbindung mit dem Fehlen moderner Verfassungsorgane erschweren die Strukturierung des Transformationsprozesses, der im kommenden Sommer in Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung münden soll. Die Sicherheit im Land wird allerdings immer noch von marodierenden Milizen gefährdet²⁷, was den gesamten Transformationsprozess in Frage gestellt.

DIE ROLLE DES MILITÄRS

In den meisten Ländern Nordafrikas war das Militär über viele Jahre der bestimmende Garant für die Stabilität und Sicherheit der politischen Ordnungen. Das Militär und in noch stärkerem Maße die Geheim- und Sicherheitsdienste kontrollierten das politische Ränkespiel der verschiedenen zivilen politischen Akteure und sicherten innenpolitisch die Macht der ihnen nahezu ausnahmslos entstammenden autokratischen Herrscher.²⁸

Viele der „jugendlichen Rebellen“ schenken deshalb den Beteuerungen des Obersten Militärrates in Ägypten wenig Vertrauen, als dieser immer wieder betonte, er würde die politische Macht umgehend in die Hände eines neu gewählten (zivilen) Präsidenten legen. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt müßig, darüber zu spekulieren, ob dies tatsächlich geschehen wird; sicher ist, dass den Ägyptern ein interessanter Wettstreit um das höchste und sicherlich auch weiterhin einflussreichste politische Amt im Land ins Haus steht. Bleibt es im Wesentlichen bei der jetzigen präsidentialen Verfassungsordnung, so kommt dieser Wahl eine alles entscheidende politische Bedeutung zu, denn die Machtfülle des Präsidenten in einer solchen politischen Ordnung bliebe ganz erheblich.

Den Ägyptern steht ein interessanter Wettstreit um das höchste und sicherlich auch weiterhin einflussreichste politische Amt im Land ins Haus.

26 | Vgl. Christoph Sydow, „Gaddafi-Nachfolge: Libyens neuen Herrschern entgleitet die Kontrolle“, *Spiegel Online*, 26.01.2012, <http://spiegel.de/politik/ausland/0,1518,811376,00.html> [02.03.2012].

27 | Vgl. Christoph Sydow, „Neuordnung nach Gaddafis Sturz: Libysche Milizen kämpfen um die Macht“, *Spiegel Online*, 05.01.2012, <http://spiegel.de/politik/ausland/0,1518,807356,00.html> [02.03.2012].

28 | Vgl. Philippe Droz-Vincent, „A Return of Armies to the Forefront of Arab Politics?“, *IAI Working Papers*, Nr. 1121, 07/2011.

Bisher ist kein klarer Favorit unter den zahlreichen erklärten Präsidentschaftskandidaten auszumachen.²⁹ Dies sicher auch deshalb, weil sich die Muslimbrüder der Nominierung eines Kandidaten aus ihren Reihen bis jetzt enthalten und auch noch nicht zu erkennen gegeben haben, wen sie möglicherweise offiziell unterstützen und damit wohl zum Wahlsieg verhelfen wollen. Gleichzeitig gibt es auch noch keinen spektakulären Kandidaten mit militärischem Hintergrund. Vieles spricht einerseits dafür, dass beide Lager sich gegenseitig brauchen, um das Land weitgehend unbeschadet durch die kommenden schwierigen Monate zu steuern.³⁰ Andererseits können die Muslimbrüder das zum Teil harsche Vorgehen des Militärs und der Ordnungskräfte gegen protestierende Ägypter nicht offen billigen, ohne an Unterstützung in der Bevölkerung einzubüßen. Es wird wohl noch einige Zeit unklar bleiben, ob beide Seiten zu einem Kompromiss finden werden.

Die Muslimbrüder haben noch nicht zu erkennen gegeben, wen sie möglicherweise offiziell unterstützen und damit wohl zum Wahlsieg verhelfen wollen.

Beeinflusst wird die zukünftige Rolle des Militärs und des gesamten Sicherheitssektors aber nicht allein durch die Person des zukünftigen Präsidenten und die Frage, ob dieser den Reihen des Militärs entstammt oder nicht. Entscheidend wird vielmehr das Vorgehen der neuen Exekutive gegen diejenigen Vertreter von Polizei und Sicherheitsdiensten sein, die in Zeiten des „demokratischen Aufstands“, aber auch in den Jahren zuvor, nachweislich Schuld auf sich geladen haben.

Eine Reform des Sicherheitssektors ist ein unverzichtbarer Bestandteil eines jeden glaubwürdigen Reformprozesses in den Transformationsländern Nordafrikas.³¹ Einen solchen herbeizuführen, ohne gleichzeitig die notwendigen Instrumente zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Gewährleistung des staatlichen Gewaltmonopols kurzfristig

29 | Vgl. Amira Howeid, „Working for a would be president“, *Al Ahram Weekly Online*, 23.-29.02.2011, <http://weekly.ahram.org.eg/2012/1086/eg21.htm> [02.03.2012].

30 | Vgl. Stephan Roll, „Das Militär und die Muslimbrüder – Kommt es zu einer Machtteilung in Ägypten?“, *SWP-Aktuell* 6, 02/2012.

31 | Vgl. Mohamed Kadry Said et al., „Egypt’s Transition and the Challenge of Security Sector Reform“, *Carnegie Endowment*, 18.05.2011, <http://carnegieendowment.org/2011/05/18/egypt-s-transition-and-challenge-of-security-sector-reform/c1c> [02.03.2012].

aus den Händen zu geben, kann zu einem besonders schwierigen Balanceakt werden.

Auch eine „neue Demokratie“ braucht das staatliche Gewaltmonopol, um die innere Sicherheit zu gewährleisten.

Die aktuellen, zum Teil recht gewalttätigen Erscheinungen in Ländern wie Ägypten und Libyen zeigen, wie notwendig die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols ist, wenn sich marodierende kriminelle oder politisch inspirierte Gruppen nicht nur gegen die Sicherheitskräfte, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung wenden. Die jüngsten Ereignisse in Port Said, aber auch in Misrata zeigen, dass auch eine „neue Demokratie“ das staatliche Gewaltmonopol braucht, um die innere Sicherheit zu gewährleisten, die unabdingbar erscheint, wenn die „menschliche Sicherheit“ sowohl individuell als auch kollektiv wieder verbessert werden soll.

POLITISCHER ISLAM UND DIE WIRTSCHAFT

Nur auf der Grundlage einer Wiedererlangung von innerer Sicherheit kann auch dem wirtschaftlichen Niedergang, der die Transformationsländer in den vergangenen Monaten in eine sozioökonomisch äußerst fragile Situation gebracht hat, Einhalt geboten werden.³² Das politische Chaos, verbunden mit einem Wildwuchs an Streiks und spontanen Arbeitsniederlegungen, hat die Wirtschaft und die Finanzen der meisten Transformationsländer an den Rand des Kollapses gebracht.³³ Die mit neuer exekutiver politischer Macht versehenen, vornehmlich islamischen Kräfte werden auf diese ökonomischen Herausforderungen eine „schnelle“ Antwort geben müssen, wollen sie nicht Gefahr laufen, langsam zerfallenden Staaten vorzustehen. Ideologisch dürften sie der Etablierung einer an soziale Bedingungen geknüpften liberalen Marktwirtschaft mit einer resoluten

32 | Vgl. Uri Dadusch et al., „Egypt in Transition: The Current Economic Situation and the Role of International Assistance“, *Carnegie Endowment*, 22.07.2011, <http://carnegieendowment.org/2011/07/22/egypt-in-transition-current-economic-situation-and-role-of-international-assistance/47mp> [02.03.2012]; Lahcen Achy, „Tunisia’s Economic Challenge“, *Carnegie Papers*, 12/2011, <http://carnegieendowment.org/2011/12/22/tunisia-economic-challenges/8kfh> [02.03.2012].

33 | Vgl. Ibrahim Saif, „The Challenges of Egypt’s Economic Transition“, *Carnegie Papers*, 11/2011, <http://carnegieendowment.org/2011/11/09/challenges-of-egypt-s-economic-transition/8kik> [03.02.2012].

Förderung von Klein- und Mittelbetrieben grundsätzlich positiv gegenüberstehen, rekrutieren sich doch nicht wenige ihrer Anhänger aus dieser Gesellschaftsschicht.³⁴ Ob eine deutliche wirtschaftliche Erholung in Nordafrika tatsächlich kurz- bis mittelfristig auch ohne ausländische Unterstützung – sei es im Rahmen von Direktinvestitionen oder durch finanzielle Unterstützungsleistungen – erreicht werden kann, steht momentan dahin. Dies hängt nicht zuletzt wesentlich davon ab, ob es den neuen Administrationen gelingen wird, wieder für mehr Stabilität und Sicherheit zu sorgen und sowohl in der eigenen Bevölkerung als auch in den wichtigsten Partnerländern verloren gegangenes Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft dieser Länder wiederherzustellen. Dabei wird eine wichtige Rolle spielen, ob und wie schnell sich die jeweiligen Wahlsieger auf moderate Koalitionsregierungen und, damit hoffentlich verbunden, auf eine konstruktive Regierungspolitik werden verständigen können.

Der bisher gezeigte Selbstbehauptungswille gegenüber ausländischen Hilfeangeboten erscheint sehr robust. Erste Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds wurden z.B.

Das Verhalten gegenüber aus dem Ausland finanzierter Demokratisierungshilfe lässt momentan Realitätssinn vermissen.

in Ägypten noch zugunsten arabischer Hilfsangebote zurückgewiesen, und das Verhalten gegenüber aus dem Ausland finanzierter Demokratisierungshilfe lässt momentan ebenfalls Realitätssinn vermissen.³⁵

POLITISCHER ISLAM UND DIE AUSSENPOLITIK

Angesichts der bisherigen Entwicklungen in Tunesien und Ägypten, aber auch in Marokko und Libyen, ist absehbar, dass sich diese Länder in den kommenden Monaten durchaus vergleichbaren Herausforderungen ausgesetzt sehen werden. Schließlich unterscheiden sich die politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen nur wenig voneinander, sieht man vom Ölreichtum Libyens ab, dem jedoch eine noch rückständigere Zivilgesellschaft gegenübersteht.

34 | Vgl. Juliane Brach, „Ägypten in der Reformkrise: Politischer Umbruch ohne wirtschaftliches Konzept“, *GIGA-Focus*, Nr. 10, 2011.

35 | Vgl. Ibrahim Saif, „Strengthening Egypt’s Economy“, *International Economic Bulletin*, 13.12.2011, <http://carnegieendowment.org/2011/12/13/strengthening-egypt-s-economy/8kko> [02.03.2012].

Die Flucht der Präsidenten Tunesiens und des Jemen hat zumindest diesen Ländern anhaltende interne, oft gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der „alten“ und der „neuen“ Ordnung erspart, den Aufnahmeländern aber sicher neue Probleme beschert. Interessant wird es sein zu beobachten, wie sich die saudische Staatsführung gegenüber internationalen Haftbefehlen und Auslieferungsbestrebungen Tunesiens verhalten und wie dieses Verhalten die inneren Beziehungen zwischen den Mitglied-

staaten der Arabischen Liga beeinträchtigen wird. Diese Beziehungen stehen momentan bereits mit Blick auf ein gemeinsames Vorgehen im Falle Syriens auf dem Prüfstand. Auch die Entwicklung in Libyen bleibt für die beiden Nachbarländer Ägypten und Tunesien

Die Entwicklung in Libyen bleibt für die beiden Nachbarländer Ägypten und Tunesien problematisch, solange in diesem Land kein friedlicher Transformationsprozess sichergestellt erscheint.

problematisch, solange in diesem Land kein friedlicher Transformationsprozess sichergestellt erscheint. Schnell könnte ein chaotisch verlaufender Transformationsprozess in Libyen erhebliche Probleme nicht nur für die Grenzgebiete, sondern für den gesamten Transformationsprozess in der Region zeitigen. Schon heute bringen die Flüchtlings- und Migrationsströme aus Libyen den Nachbarländern Versorgungsprobleme und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen diesen Gruppen und der einheimischen Bevölkerung.

Daneben bleibt auch die Entwicklung in Algerien unvorhersehbar. Zwar erscheint die Konfliktbereitschaft der reformwilligen Islamisten noch wenig ausgeprägt und die (partei-)politische Opposition gespalten. Dies kann sich aber schnell ändern, wenn die kommenden Wahlen Ergebnisse produzieren, welche die politischen Reformkräfte ermutigen könnten, das Regime ein weiteres Mal herauszufordern.³⁶

Ein Blick auf die Auswirkungen der Ereignisse in Nordafrika für die Region muss unvollständig bleiben, würde man die Situation und mögliche Reaktionen des Staates Israel ausblenden. Jedem politischen Beobachter der Region ist klar, dass mit der eingetretenen Destabilisierung Nordafrikas, aber eben auch Syriens, die alte israelische Sorge hinsichtlich eines Zweifrontenkrieges wieder zugenommen hat.

36 | Vgl. „Algeria’s Islamist parties agree to form an alliance for upcoming elections, party leader says“, *The Washington Post*, 26.02.2012.

Israel war sich immer der Tatsache bewusst, dass eine stärkere „Demokratisierung“ in seinen Nachbarländern dazu führen würde, dass die Beziehungen zu Israel verstärkt zu einem Gegenstand der politischen Auseinandersetzung würden. Dies vor allem, wenn ein unversöhnlicher politischer Islam sich keiner weiteren Anstrengungen hinsichtlich der Weiterentwicklung des Friedensprozesses im Nahen Osten befleißigen würde. Es ist zu erwarten, dass selbst Koalitionsregierungen unter Einbeziehung moderater und säkularer Kräfte den bisherigen außenpolitischen Kurs gegenüber Israel nicht unverändert fortsetzen werden. Vielmehr droht die offene Infragestellung von Aspekten der bilateralen Friedensverträge, verbunden mit dem Wunsch nach Nachbesserungen, die zwar vertraglich durchaus vorgesehen sind, aber den ohnehin „kalten Frieden“ weiter abkühlen würden. Besonders unangenehm wäre es, wenn etwa eine neue ägyptische Regierung die momentan angedrohte Einstellung der US-amerikanischen Militärhilfe zum Anlass nähme, dies als Vertragsverletzung zu werten und die Camp-David-Abkommen zur Disposition zu stellen. Notwendige Vertragsmodifikationen könnten dann im eigenen Land zum Gegenstand einer Volksbefragung gemacht werden, mit allen möglichen Folgen für das Verhältnis mit Israel und dem Westen.

Es ist zu erwarten, dass selbst Koalitionsregierungen unter Einbeziehung moderater und säkularer Kräfte den bisherigen außenpolitischen Kurs gegenüber Israel nicht unverändert fortsetzen werden.

All dies ist der israelischen Regierung wohl bewusst, weshalb sie sich mit Blick auf die politischen Entwicklungen in Nordafrika bisher nur sehr zurückhaltend äußert und sich und die Aufmerksamkeit ihrer Verbündeten stattdessen ganz auf die iranische Bedrohung konzentriert. Nur wenige politische Beobachter versprechen sich von einer religiös inspirierten Transformation der nordafrikanischen Gesellschaften eine „Entkrampfung“ der Beziehungen zu Israel, zumal interessanterweise auch im eigenen Land ein vergleichbarer Kulturkampf zwischen säkularen und religiösen Kräften momentan an Schärfe gewinnt.

AUSBLICK

Auch wenn davon auszugehen ist, dass exekutives politisches Handeln der islamischen Kräfte in Nordafrika manche ideologische Kante glätten und einiges an politischer Ideologie und theokratischem Impuls zur Disposition stellen wird, muss zu diesem Zeitpunkt offen bleiben, wie ideologisch die Wahlsieger mit ihrer neu gewonnenen politischen Macht umgehen werden. Zu erwarten ist, dass die Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (FJP) der Muslimbrüder in Ägypten durchaus damit rechnen muss, von den Salafisten sowohl theologisch als auch ideologisch vor sich her getrieben und immer wieder auf ihre Vorstellungen vom „wahren“ Islam verwiesen zu werden. Schon aus diesem Grunde wäre die Bildung einer Koalition mit säkularen Gruppierungen für die Muslimbrüder erfolgversprechender als eine islamische Volksfrontregierung, weil die FJP nur in einer solchen „breiten“ Koalition die ideologischen Abweichungen vom „wahren“ Glauben den säkularen Koalitionspartnern anlasten könnte.

In einem solchen Falle spricht einiges dafür, dass sich nicht nur die ideologischen, sondern auch die religiösen Konflikte im demokratischen Ägypten der Zukunft eher verschärfen werden. Auch in Tunesien und Libyen

Der inner-islamische Richtungsstreit zeigte sich bereits an einzelnen Universitäten in Tunesien, wo salafistisch inspirierte Studenten in einigen Vorlesungen die Geschlechtertrennung erzwingen wollten.

kann eine sich verschärfende Auseinandersetzung zwischen orthodoxen und ultra-orthodoxen Kräften des politischen Islam nicht ausgeschlossen werden.³⁷ Der inner-islamische Richtungsstreit zeigte sich bereits an

einzelnen Universitäten in Tunesien in aller Schärfe, wo salafistisch inspirierte Studenten in einigen Vorlesungen die Geschlechtertrennung erzwingen wollten.³⁸ Auch das Recht zur umfassenden Verschleierung im universitären Umfeld wurde von ihnen mehrmals eingefordert, ohne dass es zu einem nennenswerten Widerstand der Universitätsleitung gekommen wäre. All dies muss bedenklich stimmen und entspricht so gar nicht den Hoffnungen auf

37 | Vgl. Wolfram Lacher, „Libyens Neuanfang: Herausforderungen des Übergangsprozesses“, *SWP-Aktuell*, 01/2012, http://swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A01_lac_ks.pdf [02.03.2012].

38 | Vgl. Klaus D. Loetzer, „Tunesien und die erste islamistisch geführte Regierung in Nordafrika“, *KAS-Auslandsinformationen*, 03/2012, 6-20, <http://kas.de/wf/de/33.30490> [23.03.2012].

einen demokratischen Aufbruch, die nicht nur im Westen mit der Arabellion verbunden wurden.

Mit den Vertretern des politischen Islam aus diesen Ländern wird es zudem einen durchaus andersartigen politischen Dialog geben als in der Vergangenheit.³⁹ Die Zurückhaltung sowohl des Militärs als auch der „neuen politischen Klasse“, und dabei vor allem der Salafisten, gegenüber westlichen gesellschaftspolitischen Konzepten und ihren Protagonisten, die in den jüngsten Anklagen gegen ausländische Nicht-regierungsorganisationen und Politische Stiftungen ihren ersten konkreten Ausdruck fanden, weisen in Richtung eines neuen Selbstbehauptungswillens.⁴⁰ Dieser ist unterlegt mit alten nationalistischen Impulsen und wird von einer entsprechend populistischen Grundströmung nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch unter Intellektuellen geteilt, die ausländische Unterstützung als Einmischung werten und ihr äußerst kritisch, um nicht zu sagen antagonistisch gegenüberstehen.⁴¹ Für einen Salafisten leitet sich seine Einstellung gegenüber den westlichen Protagonisten von mehr Demokratie und Menschenrechten ganz einfach aus der Sure Al Maida (5:51) ab. Sie lautet: „O ihr, die ihr glaubt! Nehmt nicht die Juden und die Christen zu Beschützern. Sie sind einander Beschützer. Und wer sie von euch zu Beschützern nimmt, der gehört wahrlich zu ihnen. Wahrlich, Allah weist nicht dem Volk der Ungerechten den Weg.“⁴² Dem politischen Dialog zwischen Europa und Nordafrika und einer gedeihlichen Zusammenarbeit im Sinne von Freiheit und Demokratie kann ein solcher Rückbezug nicht förderlich sein.

39 | Vgl. Susi Dennison und Anthony Dworkin, „Europe and the Arab Revolutions: A New Vision For Democracy And Human Rights“, ECFR Policy Brief Nr. 41, 11/2011.

40 | Konrad-Adenauer-Stiftung (Pressemitteilung), „Verhalten hat nichts mit Rechtsstaatlichkeit zu tun“ – Pöttering kritisiert ägyptische Behörden aufs Schärfste“, 08.02.2012, <http://kas.de/wf/de/33.30142> [20.02.2012].

41 | Vgl. Abdel-Moneim Said, „US aid and us“, *Al-Ahram Weekly Online*, 16.-22.02.2012, <http://weekly.ahram.org.eg/2012/1085/op7.htm> [02.03.2012].

42 | Vgl. Dietrich Horstmann (Hrsg.), „El Ma'ida Sure zum Verhältnis zu anderen Religionen“, Materialien für den Berufsschul-Religions-Unterricht, <http://dihorst.de/downloads/el-maida-sure.pdf> [07.03.2012].

All diese Unwägbarkeiten werden nicht nur den Transformationsprozess in Ägypten weiter belasten, sondern die Region insgesamt noch eine ganz Zeit lang beschäftigen. Es wird sicher eine ganze Weile dauern, bis die Menschen in diesen Ländern wieder den ihnen vertrauten eher unpolitischen „Alltag“ erleben werden. Das Warten auf eine Beruhigung der innenpolitischen Lage wird den Bürgern dieser Länder viel Geduld abverlangen. Es gibt vor allem auch in Europa viele gute Gründe zu hoffen, dass sie diese Geduld aufbringen werden. Denn sollten Sie es nicht tun, kann der ins Auge gefasste Transformationsprozess kaum zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden, mit all den wahrscheinlich unangenehmen Folgen für den politischen Dialog und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern Nordafrikas.